

Farid Hafez (Hg.)

OPERATION LUXOR

Eine kritische Aufarbeitung der größten
rassistischen Polizeioperation Österreichs

Aus:

Farid Hafez (Hg.)

Operation Luxor

Eine kritische Aufarbeitung der größten
rassistischen Polizeioperation Österreichs

November 2023, 286 S., kart., 9 Farbabb.

39,00 € (DE), 978-3-8376-6382-2

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-6382-6

Am 9. November 2020 hat in Österreich die größte rassistische Polizeioperation seit 1945 stattgefunden. Unter dem Namen »Operation Luxor« wurde eine Woche nach einem gewalttätigen Anschlag in der Wiener Innenstadt eine Razzia gegen ca. 70 Personen und Einrichtungen durchgeführt. Die mehr als eineinhalb Jahre geplante Aktion gegen Anhänger*innen des sogenannten »politischen Islam« ist mittlerweile als rechtswidrig eingestuft worden. Die Beiträger*innen des Bandes setzen sich aus unterschiedlichen Perspektiven kritisch mit der Polizeioperation auseinander. Neben wissenschaftlichen Analysen verschiedener Fachbereiche kommen auch Expert*innen aus der Zivilgesellschaft zu Wort.

Farid Hafez ist Stiftungsprofessor für Internationale Beziehungen am Williams College und Senior Researcher bei »The Bridge Initiative« an der Georgetown University.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6382-2

Inhalt

Geleitwort

Werner Schiffauer 11

Operation Luxor. Eine Einleitung

Farid Hafez 13

Eine rechtliche Sicht auf die Operation Luxor

Leonhard Kregcjk 25

»Der entscheidende Schlag«:

Operation Luxor aus Perspektive der Intelligence Studies

Thomas Riegler 35

Auf Sand gebaut?

Ein Gutachten als inhaltliche Basis für die Operation Luxor

Thomas Schmidinger 57

Zwischen Ideologie und Geostrategie.

Lorenzo Vidinos Muslimbruderschaftsstudie

Farid Hafez 81

Kriminalisierung kritischer Wissenschaft: Islamophobe Wissensproduktion, Österreichs Nachrichtendienst und die Justiz

Farid Hafez 101

Die mediale Rezeption der Operation Luxor.

Eine Analyse von Printmedien und digitalen Nachrichtendiensten im ersten Monat

Fatma Firat 121

Operation Luxor – Wenn Kinder erzählen

Eine psychoanalytische Annäherung an traumatische Folgeerscheinungen

Manuela Oberlechner 161

Österreichs Muslim*innen im Brennpunkt österreichischer Sicherheitspolitik.

Der Umgang der muslimischen Zivilgesellschaften mit der Operation Luxor

Rumeysa Dür-Kwieder 175

Zentrieren von Selbstschutz und die Tendenz des Paternalismus

Kritik »österreichischer« Dominanzpositionen, der Operation Luxor und mangelnder
Accountability

Anna-Laura Punkt 195

WiderSprechen und Schweigen:

Silencing von muslimischen Stimmen

Dudu Kücükgöl 221

(Kunst-)Freiheit?

Reflexion zu Kunst und Gesellschaft am Beispiel der künstlerischen Intervention zur Operation Luxor

Asma Aiad, Marina Gržinić, Anahita Neghabat 255

Das Kind ohne Heimat

Isra Doghman/IZRAA 273

Autor*innen 283

Geleitwort

Werner Schiffauer

Operation Luxor steht für einen beispiellosen Fall von Staats- und Bürokratieversagen. Eine Großrazzia, die als entscheidender Schlag gegen den Nährboden des Extremismus ausgegeben wurde, entpuppte sich als Schlag ins Wasser. Mit z.T. brachialer Gewalt wurden 60 Wohnungen durchsucht. 70 Bürger wurden unter den Verdacht der terroristischen Vereinigung, der Terrorismusfinanzierung, der staatsfeindlichen Verbindungen, der kriminellen Organisation und der Geldwäscherei gestellt. Alle Verfahren wurden zwischenzeitlich eingestellt. Der Aktion sollen, so die staatlichen Verlaubarungen, über ein Jahr dauernde Ermittlungen vorausgegangen sein, bei der sich 21.000 Beobachtungsstunden und mehr als 1,2 Millionen Bilder von Zusammenkünften verdächtiger Personen summierten.

Die in diesem Band versammelten Texte arbeiten diesen Vorfall aus wissenschaftlicher Perspektive auf. Sie geben einen tiefen Einblick in das Zusammenspiel von einer weitgehend sicherheitspolitisch bestimmten Sicht auf den Islam, einer populistischen mit Feindbildern und Verschwörungstheorien operierenden Politik und einer Medienlandschaft, die Angstmache als verkaufsfördernd einsetzt. Dieses Zusammenspiel kulminierte in der Operation Luxor, hat jedoch ein langes Vorspiel. Der Hintergrund, dies wird aus den verschiedenen Beiträge klar, ist eine über Jahre stattfindende Herausbildung einer Misstrauens- und Verdachtskultur. Sie hat ihre Ursache in der »Versicherheitlichung« der Islampolitik seit dem 11. September. Seitdem wird der Islam primär als Risiko für Staat und Gesellschaft konstruiert. Alarmistische Szenarien einer Unterwanderung durch den »politischen Islam« von selbst ernannten Fachleuten finden bereitwillig Gehör und werden massenmedial verbreitet. Hier werden Feindbilder geschaffen und wirkungsvoll in Szene gesetzt. Umgekehrt wird eine differenzierende und Sachargumente einfordernde Position schnell als verharmlosend und naiv diffamiert. Diese Stimmung macht es möglich, dass sich die Beschwörung einer islamistische Bedrohung trefflich für eine politische Mobilisierung eignet.

Die Operation Luxor ist deshalb nicht vom Himmel gefallen, auch wenn sie für eine einzigartige Zuspitzung steht. Das Nachdenken über sie gilt insbesondere der Rolle des Staats im Allgemeinen und der Sicherheitsbehörden im Besonderen. Die Frage stellt sich unweigerlich wie es dazu kommen konnte, dass staatliche

Instanzen trotz des Ermittlungsaufwandes zu einer derartigen Fehlentscheidung kommen konnten. Alles deutet darauf hin, dass die Ermittlungsbehörden und die Staatsanwaltschaft dem politischen und medialen Druck nachgegeben haben. In der Folge wurden magere Einsichten zu Ermittlungsergebnissen hochstilisiert und der Wunsch, einen renommeeträchtigen Schlag gegen den politischen Islam zu landen, führte dazu, dass alle internen Einwände und Zweifel weggewischt wurden. Der Staatsapparat hat das, der Neutralität und Rechtsstaatlichkeit, verpflichtete Ethos geopfert und von einer populistischen Politik funktionalisieren lassen. Die Medien ihrerseits haben das Ethos einer kritischen Berichterstattung Ethos sein lassen und haben die staatlichen Verlautbarungen ohne zu hinterfragen aufgenommen, vervielfältigt und damit legitimiert.

Die Operation Luxor zeigt deshalb, wie schnell es in der heutigen politischen Landschaft zum Zusammenbruch der checks and balances kommen kann, die Rechtsstaatlichkeit, Rechtssicherheit und Freiheit von allen garantieren soll. Sie zeigt, wie schnell staatliche Institutionen dem politischen Druck nachgeben, wie umstandslos eine auf Pluralität angelegte Presselandschaft beginnt gleichzuschwingen und wie kritische (oder auch nur nachdenkliche) Stimmen in die Defensive geraten.

Es ist das Verdienst dieses Bandes die wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Vorgangs voranzutreiben. Damit verbindet sich die Hoffnung zu einer politischen Rationalität zurückzufinden. Es geht heute darum, der beispiellosen Demontage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die zur Zeit von populistischen Politik in Österreich und anderswo unter Zuhilfenahme von Feindbildern betrieben wird, eine Kultur des Sacharguments entgegensetzen und damit zur Kultur der Aufklärung zurückzufinden.

Operation Luxor. Eine Einleitung

Farid Hafez

Am 9. November 2020 fand in Österreich eine der größten Polizeioperationen seit 1945 statt. Unter dem Namen »Operation Luxor« wurde eine Woche nach einem Anschlag mit vier Todesopfern und mehr als 20 Verletzten in der Wiener Innenstadt eine Razzia gegen ca. 70 Personen und Einrichtungen durchgeführt. Diese Razzia war in rechtlicher Hinsicht zwar unabhängig von dem Anschlag des IS-Sympathisanten am 2. November 2020. Wie der Bevölkerung mitgeteilt wurde, waren die Ermittlungen, die zu dieser Razzia führten, bereits seit mehr als einem Jahr im Gange gewesen. In politischer Hinsicht jedoch war die Razzia in einen politischen Diskurs des Kampfes gegen den vermeintlich islamischen Terrorismus eingebettet.

Der Verdacht der Behörden, des Verfassungsschutzes und der Staatsanwaltschaft, wog schwer. Es wurde ermittelt wegen des Verbrechens der terroristischen Vereinigung nach § 278b Abs. 2 StGB, der kriminellen Organisation nach § 278a StGB, der staatsfeindlichen Verbindung nach § 246 Abs. 1 und 2 StGB, der Terrorismusfinanzierung nach § 278d Abs. 1 und 1a StGB und der Geldwäscherei gemäß § 165 Abs. 3 StGB. Konkret wurde behauptet, dass die Beschuldigten Mitglieder von Verbindungen – darunter Muslimbruderschaft, HAMAS, HASM – seien, die als terroristische Vereinigung, als staatsfeindliche Verbindung und als kriminelle Organisation anzusehen wären. Darüber hinaus wurden die Beschuldigten verdächtigt, mithilfe terroristischer Straftaten (Mord, Entführung, Sprengstoffanschläge etc.), Terrorismusfinanzierung und Geldwäscherei islamische Enklaven in Europa zu errichten, das Regime von General as-Sisi in Ägypten zu stürzen, die Macht in Ägypten wiederzuerlangen, Israel zu zerstören und ein weltweites Kalifat zu errichten. Diese Verdächtigungen sind schwerwiegende Behauptungen. Dass de facto niemals ein Anfangsverdacht vorhanden war, der eine solche Verdächtigung legitimiert hätte, arbeitet in diesem Band der Rechtsanwalt und Vertreter mehrerer Beschuldigter, Leonhard Kregcjk, heraus.

Während den zwischenzeitlich etwas mehr als 100 Beschuldigten bis zuletzt – d.h. seit mehr als drei Jahren – eine vollständige Akteneinsicht verwehrt wurde, konnte später herausgefunden werden, dass das Ermittlungsverfahren offiziell angeblich am 30. August 2019 begonnen hat. Darauf deutet die Ordnungsnummer (ON) 7 hin. Es gibt noch ein weiteres Ermittlungsverfahren neben jenem der Opera-

tion Luxor, das scheinbar im Jahr 2014 begonnen hat, das der Öffentlichkeit jedoch weitgehend unbekannt geblieben ist. Es trägt die Aktennummer 16 St 14/15 y und scheint ebenso der Muslimbruderschaft gewidmet zu sein. Über Details schweigen die Sicherheitsbehörden jedoch, weshalb bis heute nicht klar ist, ob die ersten Ermittlungen etwa mit dem Ende des Arabischen Frühlings und der Konterrevolution des Militärs in Ägypten begannen. Folgt man dem offiziellen Narrativ der Sicherheitsbehörden, wie es in der ON 2 vorgeschlagen wird, so haben die Ermittlungen mit Verweis auf ein Treffen im Jahr 2014 begonnen, wo »Anhänger der salafistischen Gruppierung der Muslimbruderschaft, die sich auf die Revolution in Ägypten eingeschworen hatten«, anzutreffen waren. Sie werden als »fanatisierte Anhänger bzw. Sympathisanten der Muslimbruderschaft und Unterstützer des abgesetzten Präsidenten Mohamed Mursi« beschrieben, welche schworen, »dass sie der Revolution treu sein werden, den Militärputsch und die darauffolgenden Präsidentschafts- sowie Parlamentswahlen nicht anerkennen werden« (ON 2: 3). Diesem Ermittlungsverfahren liegt weiters eine beglaubigte Übersetzung einer vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) finanzierten Studie von Lorenzo Vidino für das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Graz mit dem Datum des 29. April 2018 vor (ON 82, Akte 16 St 52/2.9t), die einen Tag später der Staatsanwaltschaft Graz überreicht wurde (ON 8). Die Studie von Lorenzo Vidino mit dem Titel *The Muslim Brotherhood in Austria* ist in mehrerlei Hinsicht interessant. Sie wurde 2017 vom Österreichischen Integrationsfonds in Auftrag gegeben. Vidino erhielt 80.000 Euro vom Integrationsfonds und weitere 10.000 Euro vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Marchart 2022a). Vidino ist ein bekannter Alarmist, wenn es um die Muslimbruderschaft geht, und seine Verflechtung in antimuslimischen Kreisen ist bekannt (Hafez 2019a; Bridge Initiative Team 2020b; Kirkpatrick 2023; Thalhammer 2023). Vidinos Studie weist mehrere fahrlässige inhaltliche Fehler auf, wie etwa die Nennung des ehemaligen Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, der lange schon als Kritiker der Muslimbruderschaft bekannt ist (Hafez 2012: 18) und in Vidinos Bericht als »Pionier der syrischen Muslimbruderschaft in Österreich« (16 St 52/19t, ON 82: 374) bezeichnet wird. Zudem tauchte die Studie später im sogenannten »Projekt Ballhausplatz« auf, einem internen Strategiepapier, das die Machtergreifung von Sebastian Kurz zum Bundeskanzler der Republik ebnen sollte (Marchart 2022a). Ob und inwieweit die politische Führung rund um Sebastian Kurz, der tatsächlich von 2017 bis 2021 Bundeskanzler war, in die Operation Luxor eingeweiht war, konnte aufgrund eines angeregten, aber nie zustande gekommenen parlamentarischen Untersuchungsausschusses bisher nicht geklärt werden.¹

1 Während im Juli 2022 von den Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS noch angekündigt wurde, dass die Operation Luxor Thema im Untersuchungsausschuss werden sollte (Marchart 2022a), erklärte die bis dahin in der Operation Luxor federführende Oppositionspolitikerin

Nachrichtendienstliche Fehler seitens der zuständigen Behörden, der Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sowie der neu eingerichteten Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN, früher BVT) wurden bisher nicht eingestanden. Nicht zuletzt war eine der wichtigsten Grundlagen zur Deutung der Muslimbruderschaft als Terrororganisation eine (willentliche?) Fehlübersetzung in der ON 12, wo sich die Behörde auf eine Datenbank der University of Maryland beruft. Den englischen Satz »All incidents regardless of doubt« hat die Behörde übersetzt mit »Alle Zwischenfälle ohne Zweifel«. Eine (fehlerhafte) Übersetzung auf Google Translate würde genau das ergeben. Ein genauerer Blick in die Datenbank zeigt dann auch, dass es um eine Sammlung von Medienberichten geht, darunter auch von Staatsmedien aus autoritär geführten Ländern. In der Studie wird jedoch explizit darauf hingewiesen, dass die Daten fehlerhaft sein könnten. Aber genau mit dieser Fehlübersetzung war es den österreichischen Behörden möglich, die Muslimbruderschaft – basierend auf ägyptischen Regierungsmeinungen – als Terrororganisation in dem Verfahren zu führen, was nochmals die Frage der Verzweigung von österreichischen und ägyptischen Interessen in der Bekämpfung der realen Muslimbruderschaft in Ägypten und der vermeintlichen Muslimbruderschaft in Österreich aufwirft.

Während die behördliche und politische Aufarbeitung ausbleiben scheint, mehrten sich die kritischen Stimmen gegenüber der Operation Luxor. Von »zerbrochenden Ermittlungen« (Thalhammer 2022) über »klassische türkische Showaktion mit bisher null strafrechtlichem Ergebnis« (Rauscher 2022) bis hin zu einem »großen Schaden« (Marchart 2023) wurde die Operation medial abgestraft.

Aber gehen wir nochmal zurück. Genau gesagt eine Woche, bevor die Operation Luxor stattfand. Tage nach dem Anschlag am 2. November 2020 und vor der Operation Luxor ging der damalige Innenminister und spätere Obmann der rechtspopulistischen FPÖ, Herbert Kickl, in die Medien und berichtete, dass bereits im Rah-

Stephanie Krisper (NEOS), dass der Untersuchungsausschuss zu den Korruptionsvorwürfen der ÖVP beendet sei (APA 2022). Der Nationalratspräsident und ehemalige Innenminister Wolfgang Sobotka (April 2016 – Dezember 2017) der konservativen Regierungspartei erklärte im Rahmen des U-Ausschusses, dass er sich nicht daran erinnern könne, wie es zur Operation Luxor gekommen sei, und bestand darauf, dass die Muslimbruderschaft eine »in Europa im Untergrund agierende Gruppierung [sei, FH], die nach außen hin oft sehr harmlos auftritt, aber ein klares System« habe und »heute dementsprechend im Augenmerk der Sicherheitsorgane« sei (Marchardt 2022a). Als Sobotka noch Innenminister war (2016–2017), regte er die Errichtung eines Inlandsgeheimdienstes mit Verweis auf den politischen Islam und die Muslimbruderschaft an (Redaktion 2017). Als weitere Enthüllungen zur Korruptions-Causa rund um den Versuch des damaligen Finanzgeneralsekretärs und Sebastian-Kurz-Vertrauten Thomas Schmid öffentlich wurden und der Ausschuss weiter tagte, wurde auch der damalige Kabinettschef Andreas Achatz unter Innenminister Karl Nehammer zur Operation Luxor befragt. Achatz behauptete, »keine Erinnerung« daran zu haben (Krammer 2022).

men seiner Amtsausübung die Operation Ramses vorbereitet wurde. Die öffentliche Verlautbarung von Kickl schien die Sicherheitsbehörden zu alarmieren und so wurde die Operation Ramses kurzerhand in Operation Luxor umbenannt (Wammerl 2020). Die Razzia, die eigentlich am 2. November hätte stattfinden sollen, wurde wegen des Anschlags auf eine Woche später verschoben, wie der Innenminister die Öffentlichkeit wissen ließ. Die Strafrechtlerin und Kriminologin an der Universität Wien, Ingeborg Zerbes, hat in dem Zwischenbericht der Untersuchungskommission zum Anschlag vom 2. November 2020 festgehalten, dass ein Grund für die Unfähigkeit der Vereitelung dieses Anschlags darin bestand, dass alle Ressourcen des Nachrichtendienstes BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) in der Operation Luxor gebündelt waren, weshalb der Attentäter vom 2. November 2020 nicht observiert wurde. Mehr noch als das: Ein Treffen mit dem Attentäter wurde in der Woche zuvor abgesagt und die Beschattung des Attentäters blieb aus (Zerbes et al. 2021).

So viel zu den Fakten und manchen der unbeantworteten Fragen im Vorfeld der Razzia am 9. November 2020. An diesem Tag rückten um 5 Uhr morgens 940 Polizeikräfte, zusammengesetzt aus Beamt*innen des BVT, der Spezialeinheit Cobra und WEGA (Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung) sowie lokaler Polizist*innen aus, um die Häuser und Institutionen von 70 Beschuldigten zu stürmen. Die Sicherheitsbehörden gingen je nach Profil sehr unterschiedlich mit diesen Beschuldigten um. Wie die Akten zeigen, waren manche bereits um 6 Uhr am Revier, während andere erst am Abend nach Hause gehen konnten. Es kam zu keiner Festnahme und zu keiner Untersuchungshaft. Nach mehr als zwei Jahren waren nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Graz mehr als 31 Verfahren eingestellt. Auf der anderen Seite stehen knapp mehr als 75 Ermittlungen, welche noch am Laufen sind. Auf menschlicher Seite blieben erschrockene Menschen, insbesondere Kinder, die von dem gewalttätigen Eindringen der (Un-)Sicherheitskräfte in ihre Privaträume traumatisiert wurden (CAGE 2021).

Auffallend ist, mit welchen anderen Maßstäben diese Razzia im Vergleich zu Angehörigen der weißen Dominanzgesellschaft durchgeführt wurde. So etwa die Durchsuchung des Wohnortes von Finanzminister Gernot Blümel. Als die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKSTA) sich für eine Hausdurchsuchung ankündigte, schildert der damalige Minister dem Boulevardblatt *Kronen Zeitung*:

»Ich durfte vorher noch meine Frau anrufen, wir haben ja ein kleines Kind zu Hause, das hat geschlafen. Ich hab ihr gesagt, dass ich jetzt mit einigen freundlichen Menschen vorbeikomme. Meine Frau ist dann mit unserer Tochter spazieren gegangen« (Graber/Schmid 2021).

Selbst im Falle eines Rädelsführers der neurechten Bewegung »Die Identitären«, wo auch wegen des Verdachts der terroristischen Vereinigung ermittelt wurde, verhielt es sich gänzlich anders. Als der Identitären-Sprecher Martin Sellner im Juni 2019

eine – später auch als rechtswidrig beurteilte – Hausdurchsuchung erleben musste (ORF Steiermark 2019), verhielt es sich dort völlig anders als bei der Operation Luxor. Wie Zeitungen berichteten, löschte Sellner 41 Minuten vor der Hausdurchsuchung seine E-Mails (Schattleitner/Metzger 2019). Wie Kritiker zudem anmerkten, klopfen die Polizisten höflich an und warteten mit der Hausdurchsuchung, damit Sellner ihnen die Tür öffnen würde (Loewy 2019). All dies, obwohl ebenso wegen des Verdachts der Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (Strafgesetzbuch § 278b (2)) ermittelt wurde. Keine polizeiliche Gewalt. Keine zerstörte Haus- oder Wohnungstür. Kein Aus-dem-Schlaf-Reißen um 5 Uhr morgens. Diese Güte und dieser Respekt, der hier den Beschuldigten entgegengebracht wurde, wurden den Beschuldigten der Operation Luxor verwehrt. Mit den als ›anders‹ rassifizierten Muslim*innen wurde schlichtweg anders umgegangen. Was für Wortführer rechtsextremer Bewegungen sowie der Korruption beschuldigte Spitzenpolitiker gilt, gilt nicht für jene Menschen, deren Entmenschlichung (Hafez 2019b) Schwerpunkt von Bewegungen und Regierungen (Hafez 2022) ist. Diese Beobachtung wirft zudem auch die Frage auf, inwiefern (un)sicherheitspolitische Maßnahmen nicht generell systematischer Natur sind, aber oftmals unter dem Radar der Aufmerksamkeit bleiben und aufgrund der geringen Sympathiewerte von muslimischen Personen und Institutionen schlichtweg unbekannt und unkommentiert bleiben. So berichtet etwa die islamische Kultusgemeinde ATIB-Union, dass es 2017 zu »Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wien und Einvernahme von über 300 ATIB-Funktionären durch das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung« gekommen sei (ATIB-Union 2017).

Abseits der Spezifika der Operation Luxor wirft diese Operation auch grundsätzliche Fragen im Hinblick etwa auf überlange Verfahren im österreichischen Justizwesen auf. Nicht nur die Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) spricht – freilich nicht mit Verweis auf die Operation Luxor, sondern mit Blick auf Strafverfahren gegen ihre Parteikollegen – von einer »zivilen Todesstrafe« (Redaktion 2022). Dass jahrzehntelange Forderungen nach einer Justizreform der Österreichischen Rechtsanwaltskammer (ÖRAK) umgesetzt werden, scheint zuletzt auch aufgrund der vermehrten Verfahren mit prominenten Persönlichkeiten an Fahrt aufgenommen zu haben. »Das Verfahren darf nicht schon zur Strafe werden«, meinte etwa der Präsident der ÖRAK, Armenak Utudjian (APA 2023). De facto sind selbst Unschuldige nach jahrelangem Verfahren bestraft. Entschädigungen fallen so minimal aus, dass ehemals Beschuldigte über Jahre hinweg Unsummen an Geldern ausgeben müssen. Im Zusammenhang mit der Operation Luxor kam es zudem wegen des Verdachts der Terrorismusfinanzierung nach § 278d Abs. 1 und 1a StGB zu Kontosperrungen, die die wirtschaftliche Grundlage von unzähligen Personen zerstört haben. Insbesondere Wirtschaftstreibende sind damit in den ökonomischen Ruin gestürzt worden, da sie ihrer selbstständigen Tätigkeit nicht mehr nachgehen konnten.

Nun zu einem wesentlichen Aspekt der Operation Luxor, der politischen Kommunikation. Wozu die Theatralik in der politischen Kommunikation? Brauchte der Innenminister nach dem Versagen angesichts des ersten Anschlags seit dem 11. September 2001 die »richtigen« Bilder? Musste er beweisen, dass er nun hart gegen angebliche Terrorist*innen vorgehen würde?

Die politische Kommunikation an diesem Tag war entsprechend gut vorbereitet, so wie es üblich war für die von dem christdemokratischen Bundeskanzler Sebastian Kurz geführte Regierungsmannschaft. Der 9. November war ein erfolgreicher Tag der politischen Kommunikation für die österreichische Bundesregierung. Fatma Firat zeigt in ihrem Beitrag zur medialen Rezeption der Operation Luxor innerhalb des ersten Monats nach der Razzia, wie erfolgreich die Regierung ihre Talking Points in den Medien wiederfinden konnte. Sowohl der damalige Bundeskanzler und Parteivorsitzende der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) Sebastian Kurz wie auch der damalige Innenminister und nunmehrige Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) kommunizierten klar am Tag der Razzia, dass der Regierung ein entscheidender Schlag gegen den politischen Islam gelungen sei. So meinte Nehammer:

»Der Polizei ist ein Schlag gegen den Nährboden des Extremismus gelungen. Personen, die im Verdacht der terroristischen Vereinigung, der Terrorismusfinanzierung, der staatsfeindlichen Verbindungen, der kriminellen Organisation und der Geldwäscherei standen, waren Ziel der Aktion. Der entscheidende Schlag gegen die Muslimbrüderschaft und gegen die Hamas in Österreich hat das Ziel, die Wurzeln des politischen Islam zu bekämpfen. Mir ist es wichtig, dass wir alle Menschen in unserem Land – besonders auch die Muslime – vor dem radikalen Islamismus schützen. Bei der Operation Luxor waren wir mit mehr als 930 PolizistInnen im Einsatz. Ermittlungen werden gegen 70 Beschuldigte geführt. Heute in der Früh fanden 60 Hausdurchsuchungen statt. Dem heutigen Zugriff gingen intensive und langwierige Ermittlungen voraus« (Nehammer 2020).

Der Diskurs um den sogenannten »politischen Islam« war keine Neuerfindung am 9. November 2020. Im Gegenteil: Sehr systematisch hatte die ÖVP unter der Leitung von Sebastian Kurz diesen Begriff in die politische Debatte eingeführt. Wie eine Untersuchung von mir zeigt (Hafez 2023), wurde mit dem Begriffspaar »politischer Islam« versucht, einerseits die individuelle (Hidschab-Verbot) und die kollektive Religionsfreiheit (Moscheeschließung) einzuschränken. Andererseits wurde Kritik an der Regierungspolitik als Ausdruck eines institutionalisierten Rassismus von der Bürokratie und Justiz kriminalisiert, wie ich in meinem Beitrag zu dem vorliegenden Sammelband veranschauliche. Dabei wurde inhaltlich der Unterschied zwischen dem sogenannten politischen Islam und dem sogenannten islamistischen Terrorismus sorgfältig unterschieden. Der politische Islam sei der Nährboden für die Militanz, so die akademische Legitimation von Vertreter*innen staatsnaher In-

stitutionen wie der Dokumentationsstelle Politischer Islam (Bridge Initiative Team 2021a) oder des Österreichischen Integrationsfonds (Bridge Initiative Team 2020a).

Und so war die Operation Luxor ein erster Höhepunkt im Kampf gegen den »politischen Islam«. Zuvor wurden schon andere Maßnahmen gegen diesen sogenannten politischen Islam eingeführt. Verschiedene Gesetze und Maßnahmen wie Kopftuchverbote und Moscheeschließungen wurden allesamt im Namen des Kampfes gegen den politischen Islam präsentiert und die meisten von Verwaltungsgerichten sowie dem Verfassungsgerichtshof rückgängig gemacht. Und im Anschluss an die Operation Luxor sowie den Anschlag ließ der damalige Kanzler Kurz verlautbaren, dass der politische Islam kriminalisiert werden würde (Kurz 2020). Und tatsächlich sollte im Sommer 2021 der religiös motivierte Extremismus im Zuge des Terror-Bekämpfungsgesetzes (TeBG) zum Straftatbestand gemacht werden (Bundesministerium Justiz 2021). Er wurde als »religiös motivierter Extremismus« verklaustriert, zielte im Wesentlichen aber auf den sogenannten politischen Islam ab, wie die Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) wissen ließ (Menschliche Asylpolitik 2021).

Während die Operation Luxor parteipolitisch ausgeschlachtet werden konnte, war das Ermittlungsverfahren als solches weniger erfolgreich für die Regierung. Gegen die Razzia legten neun Beschuldigte Beschwerde ein und bekamen ein halbes Jahr nach der Razzia Recht. Sie war nicht nur rechtswidrig. Es fehlte jeder Anfangsverdacht (Thalhammer 2021b). Ein Jahr danach wurde das Gutachterduo Heiko Heinisch und Nina Scholz (Bridge Initiative Team 2021b), deren »Expertise« auch Grundlage der Durchsuchung wurde, aufgrund von Befangenheit ihrer Funktion enthoben (Marchart 2022b). Und selbst aufseiten des österreichischen Nachrichtendienstes war die Operation Luxor nicht unumstritten. In diesem Konnex wurde ein Verfahren bei der Oberstaatsanwaltschaft Wien initiiert, in welchem Amtsmissbrauch eines Beamten im BVT Gegenstand der Untersuchungen ist (Thalhammer 2021a). Akteneinsicht in dieses Verfahren wurde dem Rechtsanwalt Richard Soyser verweigert. Nachrichtendienstliche Ermittlungen, über die weitere Details nicht bekannt sind, könnten mit der Operation Luxor in Bezug stehen, bleiben aber im Unbekannten. Bis April 2023 waren mehr als 40 Verfahren, so auch gegen mich, eingestellt worden.

Die Beiträge in diesem Buch

Die Autor*innen des Bandes setzen sich aus unterschiedlichen Perspektiven kritisch mit der Polizeioperation Luxor auseinander. Neben wissenschaftlichen Analysen verschiedener Fachbereiche kommen auch Expert*innen aus der Zivilgesellschaft sowie Betroffene zu Wort.

Leonhard Kregcjk, Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Strafrecht, der auch Verteidiger mehrerer Personen in der Operation Luxor ist, eröffnet mit seinem Bei-

trag den Sammelband und nähert sich den Untersuchungen der Operation Luxor aus der Perspektive des Strafrechts. Er diskutiert in seinem Beitrag Inkongruenzen im Kontext des österreichischen Strafrechts.

Der Historiker Thomas Riegler (Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies) betrachtet die Operation Luxor aus einer historischen Perspektive mit Blick auf die österreichischen Nachrichtendienste. Er untersucht die Operation Luxor im Zusammenhang mit der Versicherheitlichung des Islams und fragt, inwiefern die Operation Luxor eher einen Bruch oder Kontinuität in der nachrichtendienstlichen Arbeit der österreichischen Sicherheitsbehörde darstellt.

Mehrere politikwissenschaftliche Artikel erörtern innen- sowie außenpolitische Dimensionen der Operation Luxor. Der Politologe Thomas Schmidinger (Universität Wien) untersucht die Rolle und Wissensproduktion der beiden Gutachter*innen, die einen zentralen Baustein in dem Ermittlungsverfahren ausgemacht haben, und zeigt dabei auf, mit welcher Unkenntnis und auch Polemik hier die Behörden ›gefüttert‹ wurden. Es folgt ein Beitrag von mir über eine weitere Studie des Autors Lorenzo Vidino, die 14 Mal im Durchsuchungsbefehl der Operation Luxor erwähnt wurde und damit einen wichtigen ideologischen Grundstein dieser Operation bildet. Ein weiterer Beitrag von mir über die Kriminalisierung von wissenschaftlicher Opposition am Beispiel der Islamophobieforschung zeichnet nach, wie eine staatsnahe Wissensproduktion es ermöglichte, Politik und Behörden zu beeinflussen, um dann polizeilich gegen Kritiker*innen der österreichischen Islampolitik vorzugehen und letztendlich Islamophobieforschung und Kritik an Machtstrukturen als einen Akt des Terrorismus umzudeuten. Dabei wird dieser Vorgang in eine längere Geschichte von Deradikalisierungsprogrammen eingebettet, die im Zuge des Global War on Terror zu einer Ausweitung von Terrorgefahr geführt haben (Bakali/Hafez 2022), eine Geschichte, die nicht nur auf Gewalthandlungen, sondern das Denken abzielt. Die Operation Luxor veranschaulicht dabei, wie politisch Verantwortliche es schafften, gegen Teile der muslimischen Zivilgesellschaft sowie antirassistische Akteur*innen vorzugehen, ohne einen Bruch mit fundamentalen Grund- und Menschenrechten befürchten zu müssen.

Ein Artikel widmet sich der kommunikationswissenschaftlichen Untersuchung der Darstellung der Operation Luxor. Der Beitrag der Linguistin Fatma Firat untersucht die Medienberichterstattung innerhalb des ersten Monats nach der Operation Luxor. Beginnend mit einer detaillierten Darstellung der Positionierung der beiden Regierungsparteien arbeitet Firat zuerst jene Argumentationsbausteine heraus, welche die Operation Luxor rechtfertigend erklären, um dann Topoi zu thematisieren, welche die Razzia kritisch hinterfragen.

Die Psychotherapeutin Manuela Oberlechner beleuchtet psychotherapeutische und psychologische Aspekte der Operation Luxor. Sie schreibt anonymisiert über ihre konkreten Erfahrungen in der psychotherapeutischen Aufarbeitung der Traumata mit manchen Kindern, die von der Operation Luxor betroffen waren.

Mehrere Stimmen aus der Zivilgesellschaft haben Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven zur Verfügung gestellt: einmal Rumeysa Dür-Kwieder von der Dokustelle antimuslimischer Rassismus und ein andermal Anna-Laura Punkt, die Mitglied der Koalition gegen antimuslimischen Rassismus ist. Beide schreiben über die unmittelbare Wirkung der Operation Luxor auf die muslimische sowie die antirassistische Zivilgesellschaft und wie Formen des Widerstands gegen diese rassistischen Disziplinierungsmaßnahmen Form angenommen haben, sowie über die Leerstellen in diesem Aktivismus. Die feministisch-muslimische Aktivistin Dudu Kücükgül deutet die Operation Luxor aus der Perspektive des Silencing von widerständigen muslimischen Stimmen und berichtet eindringlich aus persönlichen Erfahrungen mit politischen Volksvertreter*innen und der Zivilgesellschaft, zu welchen Reaktionen der Widerstand zu antimuslimischen Gesetzen in Österreich geführt hat. Sie verknüpft langjährige politische Beobachtung und antirassistische Analyse mit ihren Erzählungen aus dem Aktivismus gegen den institutionalisierten antimuslimischen Rassismus und zeigt dabei auf, wie die Operation Luxor als Baustein eines größeren Puzzles zu verstehen ist.

Die Künstler*innen und Akademiker*innen Asma Aiad, Anahita Neghabat und Marina Gržinić hatten zum ersten Jahrestag der Operation Luxor das Kulturfestival Muslim*Contemporary in der Akademie der bildenden Künste Wien ins Leben gerufen. Sie reflektieren gemeinsam über ihre Kunstaussstellung sowie deren Nachwirkungen, insbesondere die Reaktion der ÖVP auf die kritische Aufarbeitung der Operation Luxor. Dabei werfen sie generelle Fragen zu Kunst und Gesellschaft sowie Kunstfreiheit auf. Isra Doghman, die unter dem Künstlernamen IZRAA mit ihrem Lied über die Operation Luxor den Protestsongcontest des Jugendkulturradiosenders des Österreichischen Rundfunks FM4 gewonnen hat, erzählt in ihrem Essay als Tochter eines ehemals Beschuldigten der Operation, was diese Razzia für sie bedeutet. Sie spannt als Tochter eines Palästinensers einen weiten Bogen und nimmt Bezug auf ähnliche Erfahrungen mit der Polizei aus ihrer Kindheit. Damit repräsentiert sie eine weitere künstlerische Intervention zur kritischen Aufarbeitung der Operation Luxor.

Literatur

- APA (2022): Neos wollen U-Ausschuss nicht verlängern, SPÖ und FPÖ wundern sich. In: Der Standard, 8. Oktober, <https://www.derstandard.at/story/2000139803607/neos-wollen-u-ausschuss-nicht-verlaengern-spoe-und-fpoe-wundern>
- APA (2023): Rechtsanwälte drängen auf Kostenersatz bei Freispruch. In: Der Standard, 25. Februar, <https://www.derstandard.at/story/2000143921505/rechtsanwaelte-draengen-auf-kostenersatz-bei-freispruch>

- ATIB Union (2017): Stellungnahme der ATIB Union zur parlamentarischen Anfrage, OTS-Aussendung, 13. Juli, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170713_OTS0118/stellungnahme-der-atib-union-zur-parlamentarischen-anfrage
- Bakali, Naved/Hafez, Farid (Hg.) (2022): *The rise of global Islamophobia in the War on Terror. Coloniality, Race, and Islam*. Manchester: Manchester University Press.
- Bridge Initiative Team (2020a): Factsheet: Austrian Integration Fund. 4. November, Georgetown University – The Bridge Initiative, <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-austrian-integration-fund-osterreichische-integrationsfonds-oif/>
- Bridge Initiative Team (2020b): Factsheet: Lorenzo Vidino. 22. April, Georgetown University – The Bridge Initiative, <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-lorenzo-vidino/%2022%20Apr%202020>
- Bridge Initiative Team (2021a): Factsheet: Documentation Center Political Islam. 12. Dezember, Georgetown University – The Bridge Initiative, <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-documentation-center-political-islam-dokumentationsstelle-politischer-islam/>
- Bridge Initiative Team (2021b): Factsheet: Heiko Heinisch. 3. März 2021, Georgetown University – The Bridge Initiative, <https://bridge.georgetown.edu/research/factsheet-heiko-heinisch/>
- Bundesministerium Justiz (2021): Geschäftszahl: 2021–0.592.671, BMJ, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Erlaesse/ERL_BMJ_20210831_2021_o_592_671/ERL_BMJ_20210831_2021_o_592_671.pdf
- CAGE (2021): Operation Luxor: unravelling the myths behind Austria's largest ever peacetime police raids. <https://www.cage.ngo/product/operation-luxor-unravelling-the-myths-behind-austrias-largest-ever-peacetime-police-raids-report>
- Graber, Renate/Schmid, Fabian (2021): Wie die Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel ablief. In: *Der Standard*, 3. März, <https://www.derstandard.at/story/2000124614675/wie-die-hausdurchsuchung-bei-gernot-bluemel-ablief>
- Hafez, Farid (2012): *Anas Schakfeh. Das österreichische Gesicht des Islams*. Wien: Braumüller Verlag.
- Hafez, Farid (2019a): *Islamophobe Denkfabriken. Strategien der systematischen Diffamierung und Delegitimierung muslimischer zivilgesellschaftlicher AkteurInnen am Beispiel der Denkfabrik ›European Foundation for Democracy‹*. In: *Jahrbuch für Islamophobieforschung*, Bd. 10, 7–30.
- Hafez, Farid (2019b): *Feindbild Islam. Zur Salonfähigkeit von Rassismus*. Wien: Böhlau Verlag & V&R unipress.
- Hafez, Farid (2022): *Criminalizing Muslim Agency in Europe. The case of ›Political Islam‹ in Austria, Germany, and France*. In: *French Cultural Studies*, 1–16.

- Hafez, Farid (2023): Das Dispositiv ›Politischer Islam‹ in der österreichischen Bundespolitik. In: Frankfurter Zeitschrift für Islamisch-Theologische Studien, 121–142.
- Kirkpatrick, David D. (2023): The Dirty Secrets of a Smear Campaign. In: The New Yorker, 3. April, <https://www.newyorker.com/magazine/2023/04/03/the-dirty-secrets-of-a-smear-campaign>
- Krammer, Patrick (2022): Tweet, 9. November, https://twitter.com/ExistentCoffee/status/1590319737493340160?s=20&t=V3wi8mjzJalPb1enbo_jpw
- Kurz, Sebastian (2020): Tweet, 11. November, <https://twitter.com/sebastiankurz/status/1326519060922834945>
- Loewy, Hanno (2019): »18. Mai 2019: Und der Kurz geht um die Ecke«. Blog, 18. Mai, <https://hannoloewy.home.blog/2019/05/18/18-mai-2019-und-der-kurz-geht-um-die-ecke/>
- Marchart, Jan Michael (2022a): Umstrittene Razzien gegen angebliche Muslimbrüder werden Thema im ÖVP-U-Ausschuss. In: Der Standard, 18. Juli, <https://www.derstandard.at/story/2000137532615/die-umstrittenen-razzien-gegen-angebliche-muslimbrueder-werden-thema-im-oevp>
- Marchart, Jan Michael (2022b): Gutachter in umstrittener Operation Luxor wegen Anscheins der Befangenheit enthoben. In: Der Standard, 27. Juni, <https://www.derstandard.at/story/2000136929321/gutachter-in-umstritten-er-operation-luxor-wegen-befangenheit-enthoben>
- Marchart, Jan Michael (2023): Großer Schaden, dilettantische Ermittler und erstarkte Aufpeitscher. In: Der Standard, 12. Januar, <https://www.derstandard.at/story/2000142469684/operation-luxor-grosser-schaden-dilettantische-ermittler-und-erstarkte-aufpeitscher>
- Menschliche Asylpolitik (2021): Stellungnahme: Straftatbestand ›religiös motivierte extremistische Verbindung‹ ist diskriminierende Umgehungs konstruktion, 19. Januar, <https://menschliche-asylpolitik.at/stellungnahme-straftatbestand-religios-motivierte-extremistische-verbinding/>
- Nehammer, Karl (2020): Tweet vom 9. November. <https://twitter.com/karlnehammer/status/1325844854035898369>
- ORF Steiermark (2019): OLG: Hausdurchsuchungen bei Sellner rechtswidrig. ORF Steiermark, 15. Dezember, <https://steiermark.orf.at/stories/3026236/>
- Rauscher, Hans (2022): »Operation Luxor«: Entscheidender (Fehl-)Schlag. In: Der Standard, 20. September, <https://www.derstandard.at/story/2000139261364/operation-luxor-entscheidender-fehlschlag>
- Redaktion (2017): Sobotka erwägt Schaffung eines Inlandsgeheimdienstes. In: Tiroler Tageszeitung, 28. September, https://www.kleinezeitung.at/politik/politikaufmacher/5293844/Wahl_Sobotka-erwaegt-Schaffung-eines-Inlandsgeheimdienstes?offset=0&page=1

- Redaktion (2022): Edtstadler kritisiert lange Ermittlungsdauer in Strafverfahren. In: Der Standard, 2. Oktober, <https://www.derstandard.at/story/200013960567/edtstadler-pocht-auf-beschaenkte-ermittlungsverfahren>
- Schattleitner, Christoph/Metzger, Ida (2019): Sellner löschte 41 Minuten vor Hausdurchsuchung seine E-Mails. In: Kurier, 15. Mai, <https://kurier.at/politik/inland/wurde-identitaeren-chef-sellner-vor-hausdurchsuchung-gewarnt/400495351>
- Thalhammer, Anna (2021a): Muslimbruderschaft: Anzeigen im BVT gegen Vorgesetzte. In: Die Presse, 17. Juni, <https://www.diepresse.com/5994967/muslimbruderschaft-anzeigen-im-bvt-gegen-vorgesetzte>
- Thalhammer, Anna (2021b): Operation Luxor: Razzia laut OLG Graz rechtswidrig. In: Die Presse, 3. August, <https://www.diepresse.com/6016465/operation-luxor-razzia-laut-olg-graz-rechtswidrig>
- Thalhammer, Anna (2022): Operation Luxor: Ermittlungen zerbröseln. In: Die Presse, 29. Juni, <https://www.diepresse.com/6158636/operation-luxor-ermittlungen-zerbroeseln>
- Thalhammer, Anna (2023): Operation Luxor: Nehammers Debakel. In: profil, 2. April, <https://www.profil.at/oesterreich/operation-luxor-nehammers-debakel/402385727>
- Wammerl, Patrick (2020): Cobra-Chef: Wie der Attentäter identifiziert wurde. In: Kurier, 5. November, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/cobra-chef-wie-der-attentaeter-identifiziert-wurde/401088573>
- Zerbes, Ingeborg/Anderls, Herbert/Andrä, Hubertus/Merli, Franz/Pleischl, Werner (2021): Untersuchungskommission zum Terroranschlag vom 02.11.2020. Abschlussbericht, 10.02.2021, <https://www.bmi.gv.at/downloads/Endbericht.pdf> (letzter Zugriff: 20.03.2023)